

Europa-Informationen September 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

Am Erscheinungstag dieser Ausgabe der Europa-Informationen wird es ernst für neue Kommission: die Anhörungen der benannten Kandidaten in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments beginnen und werden die ganze Woche andauern. Ob der ehrgeizige Zeitplan eingehalten werden kann, ist offen, denn schon vor Beginn hat der Rechtsausschuss die rumänische Kandidatin und den ungarischen Kandidaten wegen finanzieller Interessenkonflikte „angezählt“. Es wird sich in den nächsten Tagen entscheiden, ob die beiden ersetzt werden müssen oder der Konflikt auf andere Weise gelöst werden kann.

Das Brexit-Theater steuert inzwischen auf weitere Höhepunkte zu. Nachdem seine Suspendierung vom obersten Gericht für [rechtswidrig erklärt](#) wurde, hat das Unterhaus die Debatte wieder aufgenommen. Es ist aber genauso ungewiss wie vorher, ob es eine Mehrheit für ein Abkommen gibt, ohne das nach seinem eigenen Beschluss das Vereinigte Königreich nicht aus der EU austreten darf – wenn es denn ein Abkommen überhaupt gibt. Derzeit [sieht es nicht danach aus](#), als sollten die Unterhändler der EU 27 und des Vereinigten Königreichs plötzlich die Quadratur des Kreises doch hinbekommen. Dabei sollte eigentlich jeder wissen, dass ein Austritt ohne Vereinbarung nur Verlierer schafft, und dass ein vergiftetes Klima eine schlechte Voraussetzung für die Gestaltung der künftigen Beziehungen ist, die ja alle anstreben. Das Europäische Parlament hat dies in einer Entschließung noch einmal unterstrichen, gleichzeitig die Bereitschaft bekundet, die Frist noch einmal zu verlängern, wenn dafür ein Anlass zu sehen ist. Der Europäische Rat verspricht also wieder ein „Brexit-Gipfel“ zu werden. Keine guten Aussichten für substantielle Fortschritte bei anderen wichtigen Themen, insbesondere für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Das bedeutet auch für Mecklenburg-Vorpommern weitere Unsicherheit über den Umfang der künftigen EU-Förderung und den Beginn der neuen Programme.

Zu etwas „Brexit-Entspannung“ trug immerhin das traditionelle Konzert der Neubrandenburger Philharmonie in Brüssel bei: diesmal mit einem sehr britischen Musikprogramm.

Der geringere Umfang dieser Ausgabe zeigt: das Tagesgeschäft in Rat und Parlament hat noch nicht wieder richtig begonnen. Zu berichten ist allerdings wieder von mehreren interessanten Entscheidungen der Europäischen Gerichte. Hervorzuheben ist auch, dass das Leibniz-Institut für Nutztierbiologie (FBN) in Dummerstorf erstmals die Federführung bei einem bedeutenden internationalen Forschungsprojekt übernommen hat. Schülerinnen und Schüler aus Wolgast und von der Insel Usedom haben mit einer Veranstaltung in Brüssel ein ERASMUS-Projekt mit Partnern aus Polen und Belgien erfolgreich abgeschlossen.

Wir möchten auch noch einmal auf das neu gestaltete Europaportal der Landesregierung hinweisen. Auf der Internetseite [„Europa-MV.de“](#) finden Sie ein umfangreiches Informationsangebot zu allen europäischen Fragen und auch die Europa-Informationen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Informationsbüros stehen Ihnen zu den einzelnen Themen gern als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage: www.mv-office.eu.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Brüssel, 30. September 2019

Inhalt

1. Übergreifende Themen.....	4
Ursula von der Leyen stellt ihre Kommission vor	4
Brexit: EP offen für Verlängerung der Frist – unter Bedingungen.....	5
Kommission passt Maßnahmen zur Vorbereitung auf einen No Deal-Brexit an.....	5
Europaministerkonferenz der Länder in Trier.....	6
2. Inneres.....	6
EP will Verhandlungen mit dem Rat zu Kontrollen an den Binnengrenzen fortsetzen	6
Asylanträge zahlenmäßig auf dem Stand von 2017	7
Seenotrettung: vier Mitgliedstaaten wollen vorangehen	7
Schadensersatz bei unvollständiger Umsetzung des EU-Rechts zu Notrufen	7
Rechnungshof: Analyse zur europäischen Zusammenarbeit in der Verteidigung	7
EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Innen- und Europaministeriums	8
3. Justiz, Verbraucherschutz	8
Entscheidung über Europäische Generalstaatsanwältin.....	8
17 000 europäische Haftbefehle im Jahr 2017.....	8
EuGH: Keine Zuständigkeitsprüfung von Amts wegen bei Vollstreckungsvermerk.....	8
Terrorismusregister bei Eurojust eingerichtet.....	9
4. Finanzen	9
Europäischer Fiskalausschuss rät zu Vereinfachung der EU-Haushaltsregeln.....	9
Steuervermeidung: Mitgliedstaaten sollen besser kooperieren	9
Online-Zahlungen: strengere Sicherheitsbestimmungen in Kraft.....	10
Vorschriften zur Energiebesteuerung nicht mehr zeitgemäß	10
Mehrwertsteuerlücke betrug im Jahr 2017 137 Milliarden Euro.....	10
5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel.....	11
Sitzung der Arbeitsgruppe Kohäsionspolitik der KPKR.....	11
EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Wirtschaftsministeriums	11
6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt	11
Umweltagentur: Klimawandel bedroht Zukunft der Landwirtschaft in der EU.....	11
Kommission registriert Bürgerinitiativen im Bereich Klima und Bienenschutz	12
Ökosysteme: Leitlinien für Planer, Politik und Wirtschaft.....	12
EuGH: Ursprungsland von Obst und Gemüse bestimmt sich allein durch die Ernte	12
Institut aus Dummerstorf koordiniert internationales Projekt zur Rinderzucht	12
EP: Keine Patente auf natürlich gewonnene Pflanzen und Samen	12
Umweltausschuss: Verhandlungsmandate zu noch laufenden Wasserdossiers.....	13
EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Landwirtschaftsministeriums	13
7. Bildung, Wissenschaft, Kultur.....	13
Digitale Kompetenzen an Schulen verbessern sich.....	13
ERASMUS-Geschichtsprojekt mit Schülern aus M-V, Polen und Belgien.....	13
Institut aus Dummerstorf koordiniert internationales Projekt zur Rinderzucht	14
Konferenz der norddeutschen EU-Hochschulbüros.....	14
Neubrandenburger Philharmonie in Brüssel: Very British.....	14
EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Bildungsministeriums.....	15
8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung	15
Ergebnisse der Ratstagung Energie	15
Kommission muss über OPAL-Gasleitung neu entscheiden	15
Vorschriften zur Energiebesteuerung nicht mehr zeitgemäß	15
Ergebnisse des Rates Verkehr.....	15

WiFi4EU: Kommission startete dritten Förderaufruf.....	16
EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Energieministeriums.....	16
9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport	17
Europäisches Solidaritätskorps: positive Zwischenbilanz nach drei Jahren	17
EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Sozialministeriums.....	17
10. Medien	17
EuGH: Google muss nicht für Presseauszüge auf Google News zahlen	17
EuGH: Zugriff auf Links aus der EU muss nicht weltweit verhindert werden	17
11. Ausschuss der Regionen.....	18
AdR diskutiert nachhaltigen Tourismus.....	18
12. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	18
Nächste Phase in der Überarbeitung der EU-Ostseestrategie eingeleitet.....	18
Jahreskonferenz des INTERREG-Programms Südliche Ostsee	18
Projektaustauschtreffen „Tourismuskoperationen im Ostseeraum 2019“ in Rostock	18
13. Laufende Konsultationen.....	19
14. Termine.....	20
Erklärung zum Haftungsausschluss	20

1. Übergreifende Themen

Ursula von der Leyen stellt ihre Kommission vor

Nach ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin durch das Europäische Parlament am 16. Juli 2019 hat Ursula von der Leyen am 10. September 2019 ihr Team und die neue Struktur der nächsten Kommission vorgestellt. Acht Mitglieder gehörten bereits der aktuellen Kommission an; 13 Mitglieder sind weiblich, 14 männlich. Die Struktur soll sich an den zentralen Aufgaben orientieren, die von der Leyen bei ihrer „Bewerbungsrede“ im EP genannt hatte. Drei herausgehobene Vizepräsidenten („executive vice presidents“) sollen die Querschnittsbereiche „Grüner Deal“ (Frans Timmermans, Niederlande), „Digitales Europa“ (Margarethe Vestager, Dänemark) und „soziale Marktwirtschaft“ (Valdis Dombrovskis, Lettland) vertreten; außerdem sollen die drei jeweils auch für eine Generaldirektion zuständig sein, nämlich für Klima (Timmermans), Wettbewerb (Vestager, wie bisher als Kommissarin) sowie Finanzdienstleistungen (Dombrovskis). Der vom Europäischen Rat bestellte Hohe Vertreter für die Außenpolitik, Josep Borell, ist automatisch auch Vizepräsident der Kommission. Vier weitere Vizepräsidentinnen bzw. –präsidenten sollen die anderen prioritären Themen der neuen Kommission abdecken: „Werte und Transparenz“ (einschließlich Rechtsstaat, Vera Jourova, Tschechische Republik), „Europas Way of Life“ (Margaritis Schinas, Griechenland), Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau (Maroš Šefčovič, Slowakei) sowie Demokratie und Demografie (Dubravka Šuica, Kroatien). Anders als in der aktuellen Kommission soll es keine feste Zuordnung der Kommissare und ihrer Zuständigkeitsbereiche zu den Vizepräsidenten geben; stattdessen ist eine flexible Zusammenarbeit je nach Thema vorgesehen. Der Kommissar für Haushalt und Verwaltung ist der Präsidentin direkt unterstellt (vorgesehen ist Johannes Hahn, Österreich); er ist wie der aktuelle Kommissar Oettinger auch für die mehrjährige Finanzplanung zuständig. Für die aus Sicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern wichtigsten Themen sind folgende Kandidaten vorgesehen:

- Regionalpolitik: Elisa Ferreira, (Portugal),
- Landwirtschaft: Janusz Wojciechowski (Polen),
- Energie: Kadri Simson (Estland),
- Umwelt und Ozeane/Fischerei: Virginijus Sinkevičius (Litauen),
- Verkehr: Rovana Plumb (Rumänien),
- Arbeit und Soziales: Nicolas Schmit (Luxemburg),
- Binnenmarkt und Industrie: Sylvie Goulard (Frankreich),
- Außenhandel: Phil Hogan (Irland),
- Innovation und Jugend (Forschung, Erasmus, Kultur, Sport): Mariya Gabriel (Bulgarien).

Die für die einzelnen Kandidaten vorgesehenen Aufgaben sind jeweils in einem [Schreiben](#) der gewählten Präsidentin niedergelegt. Insbesondere für die Aufgabenbereiche, die es in der aktuellen Kommission noch nicht oder nicht in dieser Form gab, ist die Beschreibung zum Teil noch vage. Das gilt etwa für Begriffe wie „[Grüner Deal](#)“ oder „[Europas Way of Life](#)“; hier wird sich mehr Klarheit erst in der praktischen Anwendung ergeben. Mit der Zuteilung der Kompetenzen geht auch eine teilweise [Neuordnung der Generaldirektionen](#) einher; so ist etwa für Beihilfen in der Landwirtschaft und Fischerei künftig (wieder) die GD Wettbewerb zuständig. Allen Mitgliedern gemeinsam ist die Verpflichtung auf Verständnis und Engagement für Europa sowie ein offenes Ohr für die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Um den Kontakt zur Basis zu vertiefen, sollen alle Mitglieder des Kollegiums in der ersten Hälfte des Mandats jeden Mitgliedstaat besuchen, und zwar nicht nur die Hauptstädte, sondern auch die Regionen, in denen die Menschen leben und arbeiten. Horizontale Aufgabe soll eine Verringerung der Bürokratie sein; für jede neue Regelung soll eine bestehende entfallen.

Die britische Regierung hat erklärt, dass sie mit Blick auf das angestrebte Austrittsdatum auf eine Benennung verzichtet. Die designierten Kommissare müssen sich [ab dem 30. September](#) einer Anhörung in den Ausschüssen des Parlaments stellen. Die Antworten der Kandidaten auf die schriftlichen Fragen sind [im Internet veröffentlicht](#). Die Abstimmung über die Kommission als Ganzes ist für die Plenarsitzung vom 21.-24. Oktober 2019 vorgesehen, der Amtsantritt für den 1. November 2019.

[Pressemitteilung](#)

Brexit: EP offen für Verlängerung der Frist – unter Bedingungen

In einer am 18. September 2019 mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung bekräftigt das Europäische Parlament seine Forderung nach einem geordneten Brexit. Das vorliegende Austrittsabkommen sei dafür eine faire Grundlage; es sei ausgewogen und biete Rechtssicherheit, insbesondere für EU-Bürger und britische Bürger, die ihr Leben auf der jeweils „anderen Seite“ eingerichtet hätten. Es enthalte eine Regelung für die finanzielle Auseinandersetzung nach der Trennung und sehe die vom Vereinigten Königreich gewünschte Übergangszeit vor, in der man über die künftigen Beziehungen verhandeln wolle. Vor allem aber garantiere es den Status quo auf der irischen Insel und den Fortbestand des Karfreitagsabkommens. Das Europäische Parlament sei aber bereit, auf den ursprünglichen Vorschlag der EU für eine auf Nordirland beschränkte Backstop-Lösung zurückzukommen. Ebenso kämen „alternativen Regelungen“ in Frage, wenn sie rechtlich umsetzbar und voll funktionsfähig sind und den EU-Grundsätzen entsprechen. Einem Austrittsabkommen ohne Backstop-Lösung werde das EP nicht zustimmen.

Eine Verlängerung der Frist nach Artikel 50 werde man unterstützen, wenn es Gründe für eine solche Verlängerung gibt und sie einen Zweck hat (beispielsweise, einen Austritt ohne Abkommen zu verhindern, eine Parlamentswahl oder ein Referendum abzuhalten, die Erklärung des Austritts nach Artikel 50 zurückzuziehen oder ein Austrittsabkommen zu billigen); die Arbeit und das Funktionieren der EU-Organe dürfe aber nicht beeinträchtigt werden.

Die Entschließung wurde mit 544 gegen 126 Stimmen bei 38 Enthaltungen angenommen. Sie ist nicht verbindlich, aber ein politisches Signal sowohl an Großbritannien als auch an den Europäischen Rat, bei dessen Tagung im Oktober sich entscheiden wird, wie es weitergeht. In der Aussprache hatte Kommissionspräsident Juncker das Risiko eines Austritts ohne Abkommen als „sehr real“ eingeschätzt. Ein weiteres Gespräch der beiden Chef-Unterhändler endete am 27. September 2019 erneut [ohne greifbares Ergebnis](#).

[Text der Entschließung](#)

Kommission passt Maßnahmen zur Vorbereitung auf einen No Deal-Brexit an

In ihrer am 4. September 2019 – vor den Abstimmungen im britischen Parlament – vorgelegten sechsten Mitteilung zur Vorbereitung auf den Brexit geht die Kommission weiter von einem „No-Deal-Szenario“ aus und fordert alle Akteure in der EU-27 erneut auf, sich darauf vorzubereiten. Eine detaillierte Checkliste soll den Unternehmen, die mit dem Vereinigten Königreich Handel treiben, dabei helfen, abschließende Vorbereitungen zu treffen. Grundlage dafür sind frühere Mitteilungen und Hinweise an Interessenträger (siehe etwa [Europa-Informationen März 2019](#)).

Darüber hinaus sollen die im März 2019 beschlossenen Notfallmaßnahmen in den Bereichen Haushalt, Verkehr und Fischerei angepasst werden; diese gingen noch von einem Austritt Ende März 2019 aus und müssen jetzt dem neuen Austrittsdatum Rechnung tragen (derzeit 31. Oktober 2019, es sei denn es gibt eine weitere Verlängerung). Bisher ist für 2019 für Fischer aus der EU und dem Vereinigten Königreich ein Rahmen vorgesehen, der den Zugang zu den Gewässern der jeweils anderen Partei aufrechterhält; dieser soll auch für das Jahr 2020 aufrechterhalten werden.

Die Kommission schlägt außerdem vor, dass Unternehmen, Arbeitnehmer und Mitgliedstaaten, die von einem No-Deal-Szenario am stärksten betroffen sind, aus dem Europäischen Solidaritätsfonds und dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung unterstützt werden können. Im Agrarsektor sollen durch den Einsatz aller bestehenden Instrumente für die Marktstützung und die Direktbeihilfen die schlimmsten Auswirkungen auf die Agrar- und Lebensmittelmärkte abgemildert werden. Außerdem sind nationale Beihilfen im Rahmen der EU-Vorschriften möglich.

Mit der Republik Irland arbeitet die Kommission an Notfalllösungen unmittelbar nach einem Austritt ohne Abkommen sowie an einer anschließenden dauerhaften Regelung, die sowohl die Integrität des Binnenmarktes wahrt als auch eine harte Grenze vermeidet. Nach Ansicht der Kommission ist dafür weiterhin die im Austrittsabkommen vorgesehene Backstop-Lösung die einzige Option.

Die Kommission unterstreicht, dass auch bei einem Austritt ohne Abkommen die für die Trennung von der EU wesentlichen Fragen relevant bleiben und vor den Gesprächen über künftige vertragliche Beziehungen geklärt werden müssen: Schutz und Wahrung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen, die das Vereinigte Königreich als Mitgliedstaat eingegangen ist, sowie Achtung des Wortlauts und des Geistes des Karfreitagsabkommens und Wahrung des Friedens auf der irischen Insel sowie Erhaltung der Integrität des Binnenmarkts.

Für den Zeitraum unmittelbar nach einem Austritt ohne Abkommen hat die Kommission ein Call-Center für die Verwaltungen der Mitgliedstaaten eingerichtet. EU-Bürger können sich mit allen Fragen an Europe Direct wenden; Anrufe sind unter der gebührenfreien Nummer 00 800 6 7 8 9 10 11 von überall in der EU und in jeder Amtssprache der EU möglich.

[Pressemitteilung](#)

Europaministerkonferenz der Länder in Trier

Am 25. und 26. September 2020 fand in Trier unter dem Vorsitz von Rheinland-Pfalz die 81. Europaministerkonferenz der Länder statt. Wichtigste Themen waren der Brexit, die Zukunft der Strukturfonds und die anstehende deutsche Ratspräsidentschaft; insbesondere die beiden ersten sind für Mecklenburg-Vorpommern von großer Bedeutung.

Wichtigstes Anliegen der Länder beim Brexit ist es, die Auswirkungen auf die Wirtschaft und EU-Bürger zu minimieren. Für Mecklenburg-Vorpommern sind die möglichen Folgen für die Fischereiwirtschaft zu berücksichtigen. Dazu müssen praktikable Lösungen für die hier ansässige Hochseefischerei gefunden werden, wozu die zwischen der EU und Großbritannien vereinbarte (aber bisher nicht ratifizierte) Übergangslösung als Grundlage dienen sollte.

Für die neue Förderperiode in der Kohäsionspolitik werden auf EU-Ebene Lösungen angestrebt, die ein zu starkes Absinken der für Mecklenburg-Vorpommern bereitstehenden Mittel verhindern. Die EU-Regionalpolitik ist eines der wichtigsten Instrumente für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und macht die Europäische Union für die Bürgerinnen und die Bürger spürbar, insbesondere in europäischen Projekten und in den Grenzregionen.

Ab dem 1. Juli 2020 wird Deutschland für sechs Monate den Rat der Europäischen Union leiten. Die EMK fordert die Bundesregierung auf, bei der Gestaltung des Programms und der Agenda die Anliegen der Länder einzubeziehen. Dabei sind für Mecklenburg-Vorpommern die Themen Zukunft der Ländlichen Räume, Agrar- und Fischereipolitik, Breitbandausbau sowie die Ausgestaltung der Förderung der Grenzregionen und die grenzübergreifende Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung. Der Beschluss enthält daher die Forderung, dass die ländlichen Räume bei der Gestaltung des Strukturwandels unterstützt werden müssen, damit sie nicht von den Städten abgehängt werden.

Im Mittelpunkt der Diskussion zur europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit stand das „[Modell Europaparlament](#)“, in dem Schüler in einem europaweiten Wettbewerb die Arbeit des Europaparlaments als Planspiel nachvollziehen. Die EMK forderte außerdem von der Kommission eine weiterhin auskömmliche Finanzierung der Europe Direct Informationszentren (EDIC) und legte die Daten für die Europawoche (2.-10. Mai 2020) und den EU-Schulprojekttag (27. April 2020) fest.

Die Beschlüsse der Europaministerkonferenz finden sich auf dem Portal des Vorsitzlandes Rheinland-Pfalz: <https://europa.rlp.de/de/europaministerkonferenz/beschluesse/>

2. Inneres

EP will Verhandlungen mit dem Rat zu Kontrollen an den Binnengrenzen fortsetzen

Der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments hat am 25. September 2019 die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Rat über den Schengener Grenzkodex beschlossen. Die Gespräche waren vor der Europawahl ergebnislos abgebrochen worden. Inhaltlich will das EP an seiner zuletzt im April 2019 bestätigten Position festhalten (siehe [Europa-Informationen April 2019](#)); es vertritt zur Zulässigkeit von Grenzkontrollen eine deutlich restriktivere Haltung als der Rat.

[Pressemitteilung](#)

Asylanträge zahlenmäßig auf dem Stand von 2017

Die am 17. September 2019 durch das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) vorgelegten aktuellen Zahlen zur Asylantragstellung in der EU (inklusive Schweiz und Norwegen) zeigen im halbjährlichen Vergleich einen Anstieg von 11% im Vergleich zum Vorjahr. In der ersten Jahreshälfte wurden 400.500 Anträge registriert. Nach 59.375 monatlichen Anträgen im Juli 2018 waren es Juli 2019 62.900. Das entspricht dem Stand von 2017. 2015/2016 lag die Zahl noch bei fast 122.000 Anträgen. Die häufigsten Herkunftsländer sind Syrien, Afghanistan und Venezuela. Die Anzahl an Antragsbearbeitungen pro Monat stieg auf fast 51.000 erstinstanzlichen Entscheidungen. In etwa 35% der Entscheidungen wurde Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt. Etwa 456.000 Anträge bedürfen noch einer erstinstanzlichen Entscheidung.

[Pressemitteilung](#)

Seenotrettung: vier Mitgliedstaaten wollen vorangehen

Bei einem Treffen am 23. September 2019 auf Malta haben sich die Innenminister von Malta, Italien, Frankreich und Deutschland auf einen Notfallmechanismus geeinigt, damit Schiffe mit aus Seenot Geretteten an Bord künftig schnellstmöglich einen sicheren Hafen anlaufen können. Die finnische Ratspräsidentschaft und die Kommission waren an den Gesprächen beteiligt. Die Registrierungen und Sicherheitsüberprüfungen der Geretteten sollen möglichst innerhalb von vier Wochen durchgeführt werden, damit diese zügig auf die Aufnahmeländer verteilt werden können. Einen konkreter Verteilungsschlüssel sowie weitere Einzelheiten sollen beim [Innenministerrat](#) am 8. Oktober 2019 vereinbart werden. Bis dahin soll dafür geworben werden, dass sich möglichst viele andere EU-Mitgliedstaaten der Einigung anschließen. Kroatien, Finnland, Irland, Litauen, Luxemburg und Portugal haben ihre Beteiligung zugesagt. Der auf Malta beschlossene Mechanismus soll zunächst für sechs Monate gelten und kann verlängert werden. Im Fall eines unverhältnismäßigen Anstieges der Migrationszahlen können die Vereinbarungen jederzeit auch einseitig gekündigt werden.

[Pressemitteilung](#)

Schadensersatz bei unvollständiger Umsetzung des EU-Rechts zu Notrufen

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 5. September 2019 in der Rechtssache C-417/18 entschieden, dass Telekommunikationsunternehmen den Notrufzentralen für Anrufe über 112 gebührenfrei die Informationen übermitteln müssen, mit denen der Standort des Anrufers ermittelt werden kann. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass diese Verpflichtung [aus der Universaldienste-Richtlinie](#) auch dann umgesetzt wird, wenn das Mobiltelefon nicht mit einer SIM-Karte ausgestattet ist. Ein Mitgliedstaat hafte für Schäden, die dem Einzelnen durch diesem Staat zuzurechnende Verstöße gegen das Unionsrecht entstanden sind, wenn es einen unmittelbaren Kausalzusammenhang zwischen dem Rechtsverstoß und dem eingetretenen Schaden gibt. Ob dies der Fall sei, müsse das nationale Gericht prüfen, wobei es auch auf die technische Durchführbarkeit der Lokalisierung im entsprechenden Mobilfunknetz (hier: Litauen) ankommen könne. In Ausgangsfall hatten Angehörige des Opfer einer Straftat auf Schadensersatz wegen fehlender Umsetzung der Universaldienstrichtlinie geklagt. Das Opfer hatte vor seinem Tod aus dem Kofferraum eines Autos mehrere Notrufe versandt, die Notrufzentrale konnte den Standort jedoch nicht feststellen.

[Pressemitteilung](#)

Rechnungshof: Analyse zur europäischen Zusammenarbeit in der Verteidigung

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 12. September 2019 eine Analyse der neuen Initiativen zur Verstärkung der Verteidigungszusammenarbeit in der EU veröffentlicht. Der bereits erfolgte oder noch geplante Anstieg der Finanzmittel bringe Leistungsrisiken mit sich, die der EuRH beobachten müsse.

Die Analyse stützt sich auf eine Durchsicht von Veröffentlichungen zu diesem Thema und Befragungen von Mitarbeitern der EU sowie anderer Institutionen und Stellen; sie behandelt rechtliche, institutionelle und finanzielle Rahmen im Bereich der Verteidigung und den aktuel-

len Stand der Verteidigungsfähigkeit und der Verteidigungsindustrien der einzelnen Mitgliedstaaten. Ziel ist es, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Verteidigungszusammenarbeit auf EU-Ebene vorzunehmen und einige der Hauptrisiken hervorzuheben, die mit den neuen ehrgeizigeren Zielsetzungen und den in den letzten Jahren entwickelten verteidigungsbezogenen Initiativen der EU verbunden sind.

Die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit in Europa erfordert die wirksame Umsetzung konkreter Initiativen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie zu fördern und die militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten komplementär mit der NATO auszubauen. Letztlich hängt der Erfolg vom politischen Willen der Mitgliedstaaten ab, denn sie spielen in der Verteidigungsarchitektur Europas die zentrale Rolle.

[Pressemitteilung](#)

EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Innen- und Europaministeriums [Kofinanzierungshilfe für die Sanierung des Dorfhauses in Wietstock](#) (09.09.2019)

3. Justiz, Verbraucherschutz

Entscheidung über Europäische Generalstaatsanwältin

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union sind am 25. September 2019 übereingekommen, Laura Codruța Kövesi zur ersten Europäischen Generalstaatsanwältin zu ernennen. Als unabhängige und dezentrale EU-Strafverfolgungsbehörde kann die EU-Staatsanwaltschaft künftig bei Delikten wie Betrug, Korruption oder schwerem länderübergreifendem Mehrwertsteuerbetrug ermitteln, strafrechtlich verfolgen und Anklage erheben. Die Verordnung zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit wurde am 12. Oktober 2017 angenommen und trat am 20. November 2017 in Kraft. Derzeit beteiligen sich 22 EU-Mitgliedstaaten an der Europäischen Staatsanwaltschaft. Ihr Sitz ist in Luxemburg. Frau Kövesi wird für eine nicht verlängerbare Amtszeit von sieben Jahren ernannt.

[Pressemitteilung](#)

17 000 europäische Haftbefehle im Jahr 2017

Nach dem am 18. September 2019 von der Kommission vorgelegten Bericht über die Nutzung des Europäischen Haftbefehls im Jahr 2017 wurden in der EU über 17.000 europäische Haftbefehle ausgestellt, davon 2.600 in Deutschland. Im gleichen Jahr wurden in Deutschland 1.234 Haftbefehle aus anderen Ländern vollstreckt. 2017 betrug die durchschnittliche Auslieferungsdauer 15 Tage mit Zustimmung durch den Tatverdächtigen oder 40 Tage, wenn dieser nicht zustimmte. In 796 Fällen wurde die Auslieferung in insgesamt 24 Mitgliedstaaten verweigert. Seit 2004 gibt es mit dem europäischen Haftbefehl ein vereinfachtes Verfahren zur grenzüberschreitenden Festnahme und Überstellung gesuchter Personen. Straftäter sollen die Freizügigkeit der EU nicht ausnutzen können, um sich der Strafverfolgung zu entziehen.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Keine Zuständigkeitsprüfung von Amts wegen bei Vollstreckungsvermerk

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 4. September 2019 in der Rechtssache C-347/18 entschieden, dass ein Gericht bei der Ausstellung eines Vollstreckungsvermerks in Zivil- und Handelssachen (Art. 53 der Verordnung [1215/2012](#)) nicht prüfen und darüber informieren darf, ob gegen Zuständigkeitsvorschriften nach Kapitel II Abschnitt 4 der Verordnung verstoßen wurde. Im Ausgangsfall hatte ein Anwalt bei einem mailändischen Gericht einen solchen Vermerk für einen Mahnbescheid gegen eine in Hamburg lebende Person beantragt. Strittig war, ob das mailändische Gericht auf die Möglichkeit der Einlegung eines Rechtsbehelfs hätte hinweisen müssen. Möglicherweise seien Verbraucherschutzvorschriften anwendbar, bei denen andere Zuständigkeiten gelten. Nach Auffassung des EuGH ist aber eine eventuelle Verletzung von Zuständigkeitsregelungen nicht zu prüfen, da die streitige Vorschrift nur

eine Verfahrensvorschrift sei. Es handle sich nicht um eine Rechtsharmonisierung. Dem Verbraucher stehe es frei, sich mit einem Rechtsbehelf gegen die Vollstreckung zu wenden und die eventuell fehlerhafte Zuständigkeit selbst zu rügen.

[Urteil](#)

Terrorismusregister bei Eurojust eingerichtet

Eurojust hat am 1. September 2019 ein neues Terrorismusregister (Judicial Counter-Terrorism Register, CTR) eingerichtet. Das auf einen [Ratsbeschluss](#) von 2005 gestützte Register ist eine Konsequenz aus den Erfahrungen mit den Anschlägen in Frankreich und soll justizielle Informationen über die Aktivitäten von Terroristen und Terrornetzwerken sammeln und einen möglichen Koordinierungsbedarf identifizieren. Es handelt sich um eine EU-weite Datenbank für terroristische Aktivitäten, die auch die steigende Bedrohung durch nicht-dschihadistischen Terrorismus einschließlich rechts- und linksextremistischer Gruppierungen in Europa erfasst. Das Register konzentriert sich auf justizielle Verfahren und soll nicht zu Überschneidungen mit den von Europol durchgeführten Analysen führen. Die gesammelten Informationen sollen die Staatsanwaltschaften dabei unterstützen, ihre Verfahren zu koordinieren und Personen und Gruppierungen zu identifizieren, gegen die in Fällen mit potenziell grenzübergreifender Dimension ermittelt wird. Alle Mitgliedstaaten können das CTR nutzen und werden aufgefordert, noch in diesem Monat Informationen über Verdächtige und Fälle zu übermitteln. Dazu steht ein standardisiertes Formular zur Verfügung. Die Informationen für das Register werden von den zuständigen nationalen Behörden an Eurojust übermittelt.

[Pressemitteilung](#)

4. Finanzen

Europäischer Fiskalausschuss rät zu Vereinfachung der EU-Haushaltsregeln

Der Europäische Fiskalausschuss hat am 11. September 2019 eine Bewertung der Haushaltsregeln der EU vorgelegt, insbesondere der nach der Schuldenkrise verabschiedeten Verordnungen. Diese hätten zu nachhaltigeren öffentlichen Finanzen beigetragen, es blieben aber noch erhebliche Schwachstellen. Eine Vereinfachung der komplexen Regeln könne die wirtschaftspolitische Steuerung in der Währungsunion verbessern.

Es sei eine bemerkenswerte Leistung, dass sich derzeit kein Mitgliedstaat in einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit befindet. Die nationale Finanzpolitik habe sich jedoch als zyklisch erwiesen, so dass die Schuldenquoten in wirtschaftlich guten Zeiten nicht ausreichend reduziert wurden. Während mit den EU-Haushaltsregeln versucht werde, Strukturreformen und öffentliche Investitionen durch die Umsetzung der Flexibilitätsbestimmungen zu fördern, hätten diese Regeln in einigen Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren schwerwiegende Kürzungen der öffentlichen Investitionen nicht verhindert.

[Bewertung](#)

Steuervermeidung: Mitgliedstaaten sollen besser kooperieren

Die Kommission hat am 16. September 2019 eine erste Bewertung der geltenden Regeln über den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der direkten Steuern vorgelegt. Grundlage ist eine [Richtlinie aus dem Jahr 2011](#), die in der Zwischenzeit mehrfach ergänzt und aktualisiert worden ist (siehe etwa [Briefing vom Oktober 2015](#)). Da die direkte Besteuerung EU-weit nicht harmonisiert ist, soll durch die Zusammenarbeit der Steuerbehörden sichergestellt werden, dass steuerpflichtige Einzelpersonen und Unternehmen korrekt besteuert werden und Steuervermeidung und Steuerhinterziehung bekämpft werden können.

Die Bewertung fällt sehr zurückhaltend aus. Zwar funktioniere der Rahmen für die Verwaltungszusammenarbeit. Insgesamt seien etwa in 2017 Informationen über rund 18.000 Steuervorbescheide ausgetauscht worden. Allerdings nutzen nicht alle Mitgliedstaaten die Instrumente in derselben Weise, und aus der Sicht der Kommission werden Informationen nicht ausreichend genutzt. Der Überwachungsprozess müsse neu gestaltet werden, da die Daten die Vorteile des Austausches nicht hinreichend sichtbar machen. Zwar seien die Kosten für

den Verwaltungsaufwand bezifferbar, aber nicht die daraus erwachsenen Vorteile, d.h. zusätzlich erzielte Steuereinnahmen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, weiter zusammenzuarbeiten und die ausgetauschten Informationen stärker und besser zu nutzen, um so zu einer gerechten Besteuerung in der Europäischen Union beizutragen.

[Pressemitteilung](#)

Online-Zahlungen: strengere Sicherheitsbestimmungen in Kraft

Seit dem 14. September 2019 sind die letzten Elemente der 2015 überarbeiteten Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (PSD, siehe [Briefing Oktober 2015](#)) anwendbar. Dazu gehören vor allem strengere Sicherheitsanforderungen für die Auslösung und Abwicklung elektronischer Zahlungen zum Schutz vor Betrug bei Online-Zahlungen. Die PSD2 verpflichtet die Zahlungsdienstleister zur Anwendung einer sogenannten „starken Kundenauthentifizierung“, wenn ein Auftraggeber einen elektronischen Zahlungsvorgang auslöst. Diese ist anwendbar bei einem Online-Vorgang mit einem Wert von mehr als 30 Euro, es sei denn, eine der neun Ausnahmen findet Anwendung (z. B. Zahlungsvorgänge mit geringem Wert, vertrauenswürdige Empfänger usw.). Die Umstellung zum Stichtag ist in vielen Mitgliedstaaten noch nicht erfolgt, da sie für einige Beteiligte eine zu große Herausforderung darstellte. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat daher am 21. Juni 2019 eine [Stellungnahme](#) veröffentlicht, die es den nationalen Aufsichtsbehörden ermöglicht, die neuen Bestimmungen über die starke Kundenauthentifizierung für elektronische Zahlungen per Karte mit einem gewissen Maß an Flexibilität durchzusetzen, wobei gegebenenfalls eine begrenzte Zusatzfrist für die Umstellung auf konforme Authentifizierungsmethoden gewährt wird.

Andere Neuregelungen gelten bereits seit Januar 2018, wie ein Erstattungsanspruch für Lastschriften, das Verbot bestimmter Aufschläge und ein verbessertes Beschwerdeverfahren.

[Pressemitteilung](#)

Vorschriften zur Energiebesteuerung nicht mehr zeitgemäß

In einem am 11. September 2019 vorgelegten Bericht zur Energiebesteuerung kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Energiebesteuerungsrichtlinie aus dem Jahr 2003 nicht mehr zeitgemäß ist. Diese legt Mindeststeuersätze für elektrischen Strom sowie für Erzeugnisse fest, die als Kraft- oder Heizstoff verwendet werden. Die Mitgliedstaaten können ihre nationalen Steuersätze nach eigenem Ermessen auch oberhalb dieser Mindeststeuersätze festsetzen. Die Kommission hat die Richtlinie im Rahmen ihres [REFIT-Programms](#) auf den Prüfstand gestellt und im vergangenen Jahr unter anderem eine [öffentliche Konsultation](#) dazu durchgeführt. Bereits im April 2019 hatte sie in einer [Mitteilung über die Beschlussfassung in der Energie- und Klimapolitik](#) gefordert, im Bereich der Energiebesteuerung zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen.

Die EU-Vorschriften zur Energiebesteuerung leisteten nicht mehr den gleichen positiven Beitrag zur Energie- und Klimapolitik wie bei ihrem Inkrafttreten im Jahr 2003. Seitdem haben sich Technologien, nationale Steuersätze und Energiemärkte erheblich weiterentwickelt. Zudem beeinträchtigt die hohe Divergenz der nationalen Energiesteuersätze andere politische Instrumente und könnte zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führen, die durch die weit verbreitete Anwendung optionaler Steuerbefreiungen noch verschärft wird.

[Pressemitteilung](#)

Mehrwertsteuerlücke betrug im Jahr 2017 137 Milliarden Euro

Im Jahr 2017 entgingen den EU-Mitgliedstaaten insgesamt 137 Mrd. Euro an Mehrwertsteuereinnahmen, wie eine am 5. September 2019 vorgelegte Mitteilung der Kommission zeigt. Im Jahr 2016 betrug die Mehrwertsteuerlücke, d.h. die Differenz zwischen den erwarteten Mehrwertsteuereinnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag, 150 Mrd. Euro (siehe [Europa-Informationen September 2018](#)). Deutschland ist eines von drei Ländern, in denen die Mehrwertsteuerlücke zunahm. Sie lag EU-weit 2017 bei 11,2 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen (2016: 12,2 Prozent). In Rumänien war die Mehrwertsteuerlücke mit 36 Prozent am größten, gefolgt von (34 Prozent) und Litauen (25 Prozent). Die geringsten Mehrwertsteuerlücken wurden in Schweden, Luxemburg und Zypern verzeichnet, wo durchschnittlich nur 1 Prozent

der Mehrwertsteuereinnahmen verloren ging. In absoluten Zahlen weist Italien mit rund 33,5 Mrd. Euro die größte Lücke bei den Mehrwertsteuereinnahmen auf.

[Pressemitteilung](#)

5. Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit, Tourismus, Regionalpolitik, Außenhandel

Sitzung der Arbeitsgruppe Kohäsionspolitik der KPKR

Am 25. September 2019 tagte die Arbeitsgruppe der Konferenz der peripheren Küstenregionen zur zukünftigen Kohäsionspolitik. Dabei berichteten auch die für den mehrjährigen Finanzrahmen zuständigen Attachés der Mitgliedsstaaten über die laufenden Verhandlungen im Rat. Die finnische Ratspräsidentschaft wird möglicherweise nach dem Europäischen Rat im Oktober eine überarbeitete Version der Verhandlungsbox zum MFR vorlegen, u.U. zum ersten Mal mit konkreten Mittelausstattungen für die einzelnen Politikbereiche der EU. Im Bereich Kohäsionspolitik wird sich die Ratspräsidentschaft lediglich mit einzelnen Bereichen beschäftigen (u.a. Fondsmanagement, grundlegende Voraussetzungen, Programmierung), weitere Bereiche werden erst von der kroatischen Ratspräsidentschaft in Angriff genommen.

EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Wirtschaftsministeriums

[Sozialpartnerprojekt „mv-works“ gestartet](#) (17.09.2019)

[Fachkräftelotse für die Region Mecklenburgische Seenplatte](#) (18.09.2019)

6. Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt

Umweltagentur: Klimawandel bedroht Zukunft der Landwirtschaft in der EU

In einem am 4. September 2019 veröffentlichten [Bericht](#) prognostiziert die Europäische Umweltagentur (EEA) einen Rückgang oder gar die Einstellung der Pflanzen- und Tierproduktion in Teilen von südeuropäischen und mediterranen Regionen der EU als Folge des Klimawandels. Die Anpassung an den Klimawandel müsse daher eine oberste Priorität für die europäische Landwirtschaft sein, um die Widerstandsfähigkeit gegen extreme Ereignisse wie Dürre, Hitzewellen oder Überschwemmungen zu erhöhen. Diese negativen Folgen seien deutlich gravierender als positive Auswirkungen des Klimawandels wie etwa längere Wachstumsperioden. Der Bericht behandelt die wichtigsten Herausforderungen aktuell und in den nächsten Jahren und bietet einen Überblick über die EU-Politiken und Programme zur Anpassung und beschreibt machbare und bereits erfolgreiche Maßnahmen in diesem Bereich.

Der Klimawandel führe schon heute zu Ernteaussfällen und höheren Kosten und beeinflusse damit Preise, Mengen und Qualität landwirtschaftlicher Produkte. Während sich in Teilen des Norden der EU die Produktionsbedingungen verbesserten, sei es im Süden umgekehrt: bis 2050 könne dort die Produktion von Weizen, Mais und Zucker um bis zu 50 % zurückgehen.

In den meisten Mitgliedstaaten gebe es nationale Anpassungsstrategien; in allen werde die Landwirtschaft als prioritärer Sektor genannt, aber nur in wenigen Mitgliedstaaten seien für den Agrarsektor spezifische Anpassungsmaßnahmen vorgesehen (in Deutschland etwa nicht). Eines der Ziele der EU-Strategie ist die Integration der Anpassung an den Klimawandel in alle Politiken, auch die Gemeinsame Agrarpolitik. Allerdings finde die Anpassung auf Ebene der Betriebe oft nicht statt. Das liege daran, dass es an finanzieller Förderung, politischer Unterstützung, institutioneller Kapazität oder Zugang zu entsprechendem Know-how fehle. Mehr Kenntnisse, Innovation und Problembewusstsein seien erforderlich, damit bereits verfügbare Anpassungsmaßnahmen realisiert würden, wie angepasste Sorten, bessere Bewässerungstechniken, „Präzisionsanbau“ oder Diversifizierung. Dies könne auch zu einer Verminderung von Emissionen, besserem Bodenmanagement und sparsamerem Einsatz von Wasserressourcen beitragen. Der Anpassung an den Klimawandel sollte im Rahmen der Finanzierung der künftigen Agrarpolitik ein größerer Anteil gewidmet werden.

Der Bericht betont auch wichtige Rolle der Landwirtschaft bei der Reduzierung der Treibhausgase. Derzeit liege ihr Anteil bei etwa 10 % dieser Emissionen, insbesondere durch Methan.

Zur Verminderung auch der Luftverschmutzung durch Ammoniak und Feinstaub aus der Landwirtschaft bedürfe es einer Änderung des Lebensmittelsystems und weniger Emissionen aus Düngemitteln und Viehhaltung; auch das Verbraucherverhalten müsse sich ändern, etwa bei den Ernährungsgewohnheiten durch weniger Fleischkonsum und weniger Lebensmittelverschwendung.

[Pressemitteilung](#) (englisch)

Kommission registriert Bürgerinitiativen im Bereich Klima und Bienenschutz

Die Kommission hat am 4. September 2019 beschlossen, die Bürgerinitiativen „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ und „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“ zu registrieren. Die Kommission hat die Initiativen noch nicht inhaltlich geprüft, sondern lediglich bestätigt, dass sie rechtlich zulässig sind. Sofern eine der drei registrierten Initiativen innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungs-Erklärungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erhält, wird die Kommission die Initiative prüfen und darauf reagieren. Die Kommission kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

[Pressemitteilung](#)

Ökosysteme: Leitlinien für Planer, Politik und Wirtschaft

Die Kommission hat am 3. September 2019 neue Leitlinien veröffentlicht, die zu einer besseren Berücksichtigung von Ökosystemen und deren Wert bei Entscheidungen in Politik und Wirtschaft führen sollen. So werden Kriterien definiert, um natürliche Landschaftselemente in die grüne und blaue Infrastruktur zu integrieren. Die Leitlinien konkretisieren den [„EU-Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft“](#) aus dem Jahr 2017, der zu einer konsequenteren Durchsetzung der EU-Regeln zum Naturschutz beitragen soll.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Ursprungsland von Obst und Gemüse bestimmt sich allein durch die Ernte

Der EuGH hat am 4. September 2019 entschieden, dass das Ursprungsland von Obst und Gemüse sich unabhängig von den wesentlichen Produktionsschritten einzig nach der Ernte richtet. In dem Fall hatte ein Erzeuger von Champignons fast alle notwendigen Produktionsschritte in Belgien und den Niederlanden durchgeführt. Die Pilze wurden in Kisten bis zu einer Größe von über 3mm heran gezüchtet und sodann nach Deutschland verbracht. Nach 5 bis 15 Tagen erfolgte die Ernte und die Pilze wurden mit „Ursprung: Deutschland“ deklariert. Die Wettbewerbszentrale sah in der Kennzeichnung eine Irreführung des Verbrauchers.

Dies wies der EuGH ab. Bei „Ursprung“ sei allein auf die Ernte abzustellen. Dabei sei es irrelevant, ob das Produkt erst wenige Tage zuvor in das Ernteland verbracht worden sei oder ob wesentliche Produktions- und Wachstumsschritte im Ausland stattfänden. Eine korrekte Kennzeichnung nach dem Zollkodex könne auch keinen Verstoß gegen den Verbraucherschutz darstellen, da eine klare und präzise Regelung getroffen sei. Außerdem sei die Regelung dahin auszulegen, dass weitere Angaben über die Produktionsländer nicht erlaubt sind. Es dürften den Produzenten neben der korrekten Angabe des Ursprungslandes keine weiteren Zusätze auferlegt werden, um mögliche Irreführungen zu vermeiden.

[Urteil](#)

Institut aus Dummerstorf koordiniert internationales Projekt zur Rinderzucht

Siehe 7. Bildung, Wissenschaft

EP: Keine Patente auf natürlich gewonnene Pflanzen und Samen

In einer am 19. September 2019 angenommenen nicht-legislativen Entschließung spricht sich das Europäische Parlament gegen die Patentierbarkeit von Obst, Gemüse oder Tieren aus, die durch konventionelle Züchtungsverfahren wie Kreuzung gewonnen wurden. Der patentfreie Zugang zu biologischem Pflanzenmaterial sei unerlässlich, um die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Pflanzenzüchtungs- und Landwirtschaftsbranche zu fördern, neue Sorten zu entwickeln, die Ernährungssicherheit zu verbessern und den Klimawandel zu bekämpfen. Auch der Zugang zu genetischen Ressourcen dürfe nicht eingeschränkt

werden, damit nicht einige multinationale Unternehmen zum Nachteil der Landwirte und Verbraucher in der EU ein Monopol auf Pflanzenzüchtungsmaterial haben.

Die Kommission solle das Europäische Patentamt davon überzeugen, keine Patente für Produkte zu erteilen, die im Wesentlichen aus biologischen Prozessen stammen. Dieses solle auch unverzüglich Rechtsklarheit wiederherstellen, da keiner der 38 Staaten, die das Europäische Patentübereinkommen unterzeichnet haben, die Patentierung von konventionell gezüchteten Produkten gestattet.

[Text der Entschließung](#)

Umweltausschuss: Verhandlungsmandate zu noch laufenden Wasserdossiers

Am 25. September 2019 hat der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments (ENVI) fast mit Einstimmigkeit beschlossen, die Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission (Trilogie) über die beiden aus der abgelaufenen Legislaturperiode noch offenen Dossiers im Bereich der Wasserpolitik aufzunehmen: der Neufassung der Trinkwasser-Richtlinie und der neuen Verordnung zu Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung.

Der Verhandlungsführer für das Parlament zur Neufassung der Trinkwasser-Richtlinie wird der neue Berichterstatter Christophe Hansen (EVP; Luxemburg) sein, nachdem der ursprünglicher Berichterstatter Michel Dantin (EVP; Frankreich) nicht wieder für das Parlament kandidiert hatte. Auch auf der Ebene der Schattenberichterstatter hat es verschiedene Wechsel gegeben; für die liberale Fraktion RENEW Europe ist mit Ulrike Müller MdEP (Freie Wähler) wie auch in der abgelaufenen Legislaturperiode eine deutsche Abgeordnete Schattenberichterstatterin.

[Pressemitteilung](#)

EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Landwirtschaftsministeriums

[Kofinanzierungshilfe für die Sanierung des Dorfhauses in Wietstock](#) (09.09.2019)

[Flamingohaus im Schweriner Zoo eröffnet](#) (26.09.2019)

7. Bildung, Wissenschaft, Kultur

Digitale Kompetenzen an Schulen verbessern sich

Nach einem am 12. September 2019 veröffentlichten [Bericht](#) des Eurydice-Netzwerks der Kommission machen die Schulen in Europa Fortschritte bei der Nutzung neuer Technologien im Bereich des Lehrens und Lernens. Allerdings müssten die technischen Veränderungen kontinuierlich überprüft und neue Strategien entwickelt werden. Die Einführung des sechsten Digitalkompetenzgebietes „Analyse und Reflexion“ in Deutschland wird positiv hervorgehoben, ebenso der „DigitalPakt Schule“, für den die Bundesregierung seit März 2019 5 Mrd. Euro für die Digitalisierung in Schulen investiert. Für die Studie wurden Daten in den 28 Mitgliedsstaaten der EU sowie zehn weiteren Nicht-EU-Staaten ausgewertet.

[Pressemitteilung](#)

ERASMUS-Geschichtsprojekt mit Schülern aus M-V, Polen und Belgien

Am 17. September 2019 wurde das ERASMUS+ Projekt "Grenzgebiete/ Grenzgeschichten als Lernorte zum Abbau von Vorurteilen" mit der Ausgabe von Europässen an die Teilnehmer im Informationsbüro Brüssel abgeschlossen. Das Projekt wurde gemeinsam von Schülern und Lehrern aus Wolgast, Usedom, Swinoujście und Kelmis (Ostbelgien) sowie mit Partnern historischer Gedenkstätten und Museen in Deutschland, Polen und Belgien gestaltet. Aus Deutschland waren das Historisch Technische Museum Peenemünde und die historische Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm beteiligt, aus Polen das Museum des Warschauer Aufstands in Warschau und aus Belgien das Bastogne War Museum und die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Eupen. Die Zusammenarbeit der Schüler konnte über den Besuch von „Lernorten“ wie Golm, Bastogne und Warschau sowie die Vermittlung nationaler Erinnerungskulturen europäische Geschichte auch europäisch erfahrbar machen. Konkretes Ergebnis war die Entwicklung einer Internetseite, die Erfahrungen des

Projektverlaufes zeigt und Anregungen für neue, gemeinsame internationale Projekte gibt. Den Schülern wurden Europapässe überreicht, mit denen ihre Qualifikationen und Kompetenzen sowie Lernmobilität über Ländergrenzen hinweg bescheinigt werden. Die Delegation aus Wolgast und Usedom wurde von Kreistagspräsidentin Nachtweih und dem stellvertretenden Landrat Wille vom Kreis Vorpommern-Greifswald begleitet.

[Pressemitteilung](#)

Institut aus Dummerstorf koordiniert internationales Projekt zur Rinderzucht

Am 23./24. September 2019 fand im Leibniz-Institut für Nutztierbiologie (FBN) in Dummerstorf die Auftaktveranstaltung für das internationale Forschungsprojekt [BovReg](#) statt. Mit diesem Vorhaben sollen Funktionen in der Erbsubstanz gefunden werden, die für die Diversität und Veränderung von Merkmalen bei Rindern relevant sind, etwa in Bezug auf Robustheit, Gesundheit und biologische Effizienz. Die Rinderhaltung steht im Spannungsfeld zwischen einer wesentlichen Rolle für eine effiziente Welternährung einerseits und kritischen Diskussionen hinsichtlich Tierwohl und Umweltfolgen andererseits. Trotz großer Fortschritte etwa bei der Genomanalyse bestehen aber immer noch große Wissenslücken im Verständnis der Wechselwirkungen zwischen Erbanlagen und Umwelteinflüssen. Die Erkenntnisse sollen auch für bislang wenig verbreitete Rinderrassen von lokaler Bedeutung nutzbar sein und damit zur Erhaltung der biologischen Vielfalt der Nutztiere beitragen.

Weltweit sind zwanzig führende Labore aus der EU, Kanada und Australien beteiligt, deren Mitarbeiter aus unterschiedlichsten Fachbereichen ein globales interdisziplinäres Team bilden. Für das Projekt stehen 6 Mio. Euro aus dem EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 zur Verfügung. Es hat eine Laufzeit von vier Jahren und wird von Professorin Dr. Christa Kühn koordiniert, der Leiterin des FBN-Institutes für Genombiologie.

FBN ist nicht nur erstmals der Koordinator eines derart bedeutenden EU-Projektes, sondern neben dem Projektmanagement auch mit zwei Teilinstituten in der Forschung vertreten, nämlich der Genombiologie und Fortpflanzungsbiologie.

[Pressemitteilung](#)

Konferenz der norddeutschen EU-Hochschulbüros

Vom 18. bis 20. September 2019 fand zum zwölften Mal das Treffen der norddeutschen EU-Hochschulbüros in der niedersächsischen Landesvertretung in Brüssel statt, an dem 34 VertreterInnen der norddeutschen Universitäten und Hochschulen teilnahmen. Die Referate und Diskussionen standen in diesem Jahr vor dem Hintergrund der Bildung der neuen EU-Kommission, dem künftigen Forschungsrahmenprogramm Horizont Europe vorhält sowie den Brexit-Verhandlungen. Intensiv und detailliert wurden zudem Themen wie Missionen, Partnerschaften und Europäische Netzwerke der Universitäten besprochen. Von besonderem Interesse waren auch die Ausführungen zum zukünftigen Stellenwert der Meeresforschung für die Norddeutschen. Auf dem Abendempfang der niedersächsischen Landesvertretung bot sich die Gelegenheit, mit Kolleginnen und Kollegen der EU Kommission und Vertretern der Forschungsorganisationen in Brüssel ins Gespräch zu kommen. Die einzelnen Landesvertretungen wiesen die Hochschulen und Universitäten noch einmal auf die Möglichkeit hin, direkt vor Ort die Infrastruktur der Vertretungen zu nutzen, um im Zentrum des Geschehens, Sitzungen der verschiedenen Konsortien oder ähnliche partnerschaftliche Kooperationstreffen mit internationaler Beteiligung durchzuführen.

Neubrandenburger Philharmonie in Brüssel: Very British

Passend zu den laufenden Diskussionen über den Brexit hatte die Neubrandenburger Philharmonie ihr traditionelles Konzert in Brüssel unter das Motto „Very British“ gestellt. Auf Einladung des Informationsbüros des Landes Mecklenburg-Vorpommern gastierte das Orchester am 18. September 2019 schon zum 25. Mal in Brüssel. Die Solisten Katharina Baumgarten und Michael Ha hatten sichtlich Freude an diesem Konzert, das mit mehreren Zugaben endete. Der erst 25 Jahre alte Dirigent Hankyeol Yoon ist mit Beginn der Spielzeit 2019/20 als 2. Kapellmeister bei der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz engagiert. Temperamentvoll führte er das Orchester von einem James Bond Medley über Auszüge aus dem

Musical „My fair Lady“ bis hin zu Edward Elgars „Pomp and Circumstances“. Das Publikum belohnte die Programmauswahl und die Künstler mit lang anhaltendem Applaus.

[Artikel bei BelgienInfo](#)

EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Bildungsministeriums

[Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk](#) (12.09.2019)

[EU-Programm ERASMUS+ fördert Schule- und Mobilitätsprojekte](#) (Stand 24.09.2019)

8. Energie, Verkehr, Infrastruktur, Bau, Digitalisierung, Landesplanung

Ergebnisse der Ratstagung Energie

Bei der Ratstagung am 24. September 2019 diskutierten die für Energie zuständigen Minister die nationalen Energie und Klimapläne, die mit Inkrafttreten der Energie-Union am 24. Dezember 2018 für alle Mitgliedstaaten verpflichtend geworden sind. Darin wird eine u.a. Erhöhung der Energieeffizienz um mindestens 32,5% bis 2030 festgeschrieben, ein Ziel, das die meisten Mitgliedsstaaten nur mit zusätzlichen Anstrengungen erreichen dürften. Weiterhin sollen die Anstrengungen zum Ausbau erneuerbarer Energien forciert werden.

[Ergebnisse der Ratstagung](#)

Kommission muss über OPAL-Gasleitung neu entscheiden

Das Europäische Gericht hat am 10. September 2019 auf eine Klage Polens eine [Entscheidung der Kommission](#) vom Oktober 2016 aufgehoben, mit der die OPAL-Gasleitung von der Anwendung bestimmter EU-Wettbewerbsregeln der [Gas-Richtlinie](#) ausgenommen wurde. Mit dieser Pipeline wird Gas aus der NordStream-Leitung von Lubmin nach Brandov (Tschechien) weitergeleitet. Die Kommission hatte die von der Bundesnetzagentur gewährte Ausnahme von der Verpflichtung zum diskriminierungsfreien Zugang zum Netz und die vom Betreiber festgesetzten Entgelte genehmigt. Sie war bei ihrer Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass durch diese Ausnahmen der Wettbewerb nicht unzulässig beschränkt wird. Das Gericht beanstandete allerdings, dass die Kommission nicht auch den Grundsatz der Solidarität im Energiesektor geprüft habe. Es legt diesen Grundsatz weit aus. Er begründe nicht nur gegenseitige Beistandspflichten für den Fall einer gestörten Gasversorgung, z. B. nach Naturkatastrophen oder Terroranschlägen. Er verlange auch, dass die Union und die Mitgliedstaaten im Rahmen der Ausübung ihrer energiepolitischen Zuständigkeiten bestrebt sein müssten, keine Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Interessen der Union und der übrigen Mitgliedstaaten im Bereich der Versorgungssicherheit, der wirtschaftlichen und politischen Tragfähigkeit sowie der Diversifizierung der Versorgungsquellen oder der Versorgung zu berühren. Die Kommission habe unter diesem Aspekt nicht geprüft, welche mittelfristigen Folgen der Transfer eines Teils der zuvor über die Gasfernleitungen Yamal und Braterstwo transportierten Erdgasmengen auf den Transitweg Nord-Stream 1/OPAL insbesondere für die Energiepolitik Polens haben könnte, noch diese Auswirkungen gegen die von ihr festgestellte Erhöhung der Versorgungssicherheit auf Unionsebene abgewogen. Die Kommission muss jetzt ihre Entscheidung unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte überprüfen.

[Pressemitteilung](#)

Vorschriften zur Energiebesteuerung nicht mehr zeitgemäß

Siehe Kapitel 4 Finanzen

Ergebnisse des Rates Verkehr

Am 20. September 2019 führte der Verkehrsministerrat eine ausführliche Orientierungsaussprache darüber, wie im Einklang mit den Verpflichtungen der EU im Rahmen des Übereinkommens von Paris die durch den Verkehr verursachten Treibhausgasemissionen gesenkt werden können.

Grundlage der Aussprache war die von der Kommission im November 2018 vorgelegte [Mitteilung "Ein sauberer Planet für alle"](#) (siehe [Europa-Informationen November 2018](#)). Diskutiert

wurde in drei getrennten Runden die Verkehrssektoren Landverkehr (Straße und Schiene), Luftverkehr und Schifffahrt.

Der Landverkehr steht für 70 % der CO₂ – Verkehrsemissionen in der EU, welche durch den vermehrten Einsatz alternativer Kraftstoffe, Zero-Emission Fahrzeuge und die Verkehrsverlagerung auf die Schiene reduziert werden könnte. Den Kommissionsvorschlag, ausschließlich entfernungsabhängig berechnete Straßenbenutzungsgebühren in den nationalen Regelungen der Mitgliedstaaten zuzulassen und die Einnahmen daraus zwingend in den Verkehr zu reinvestieren, hatten die Verkehrsminister im Juni-Rat mit Blick auf eigene Regelungshoheit sehr kritisch gesehen.

Einen großen Raum nahm die Diskussion zur Dekarbonisierung des Luftverkehrs ein. Die Niederlande setzen sich für eine Kerosinsteuer ein, was eine Neujustierung der Energiesteuer-Richtlinie zur Folge haben könnte. Weiterhin könnte das EU-Emissionshandelssystem (ETS) auf den Luftverkehr ausgedehnt werden, was die neue Kommission ausdrücklich versprochen hat. Diskutiert wurden auch alternative Kraftstoffe für Flugzeuge, neue Technologien und alternative Transportarten.

Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂ Emissionen in der Schifffahrt werden im Rahmen der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) diskutiert. Nach Ansicht der finnischen Ratspräsidentschaft geht es dort relativ langsam voran, so dass die EU-Länder einen anderen Weg einschlagen müssten. Die Diskussionsspanne reicht auch hier wieder von alternativen Kraftstoffen und energieeffizientem Schiffsdesign über die Optimierung von Schiffsrouten und der Geschwindigkeit bis hin zu Elektrifizierung und die Einbeziehung der Schifffahrt in den Emissionshandel.

[Pressemitteilung](#)

WiFi4EU: Kommission startete dritten Förderaufruf

Am 19. September 2019 hat die Kommission den dritten Aufruf des Programms WiFi4EU zur Förderung der Internetanbindung von Kommunen in der Europäischen Union gestartet. Ziel ist die Installation moderner WLAN-Technologie. Mit Fördermitteln in Höhe von 26,7 Millionen Euro sollen 1.780 Kommunen EU-weit vom Förderaufruf profitieren; insgesamt sollen durch das Programm EU-weit in bis zu 8.000 Städten und Gemeinden, in denen bislang keine schnelle Internetversorgung vorhanden ist, WLAN-Hotspots eingerichtet werden. Antragsberechtigt sind ausschließlich Kommunen. Ein WiFi4EU-Gutschein weist pro Kommune einen festen Betrag von 15.000 Euro aus. Mit dem Geld wird die Installation von WLAN-Geräten auf dem neusten Stand der Technik in den Zentren des gemeinschaftlichen Lebens wie öffentlichen Plätzen und Gebäuden unterstützt. Die Hotspots werden Teil des EU-weiten WiFi4EU-Netzes, bei dem sich jeder Nutzer nur einmal registrieren muss. Anschließend ist kostenlos und ohne weitere Anmeldung über alle geförderten Hotspots das Surfen im Internet möglich. Bislang waren 29 Kommunen aus Mecklenburg-Vorpommern beim WiFi4EU-Programm erfolgreich.

[Weitere Informationen zum WiFi4EU-Programm](#)

EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Energieministeriums

[Gemeinde Schorssow erhält Fördermittel für LED-Umrüstung](#) (03.09.2019)

[Radweg zwischen Volzrade und Jessenitz wird freigegeben](#) (10.09.2019)

[Radweg zwischen Louisenhof und Sprengersfelde \(Gemeinde Ferdinandshof\)](#)(16.09.2019)

[Rostock: Förderung für barrierefreie Bushaltestelle „Industriestraße“](#) (20.09.2019)

[Pegel übergibt Förderbescheid für Straßensanierung in Güstrow](#) (24.09.2019)

[Bützow: Pegel übergibt Förderbescheid für fünf barrierefreie Bushaltestellen](#) (30.09.2019)

9. Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport

Europäisches Solidaritätskorps: positive Zwischenbilanz nach drei Jahren

In den ersten drei Jahren seines Bestehens haben sich mehr als 161 000 junge Menschen für das Europäische Solidaritätskorps angemeldet. Gefördert werden freiwillige Tätigkeiten (einzeln oder in Teams), aber auch Praktika oder andere Formen von Arbeitserfahrung. Teilnehmer können auch selbst Solidaritätsprojekte ins Leben rufen. Mit diesen sollen Aktivitäten angestoßen, entwickelt und durchgeführt werden, die während eines Auslandsaufenthalts zu einem positiven Wandel in der Gemeinschaft beitragen sollen.

Nach der anfänglichen Pilotphase gibt es für das Korps seit einem Jahr eine rechtliche Grundlage und eine Finanzierung in Höhe von rund 375 Mio. Euro bis Ende 2020. Bis zum 1. Oktober 2019 läuft noch die dritte Ausschreibungsrunde. Die Kommission hat vorgeschlagen, das Programm auch in der neuen Förderperiode weiterzuführen. Mit einer Mittelausstattung von 1,26 Mrd. Euro soll etwa 350 000 jungen Menschen eine Teilnahme ermöglicht werden.

[Pressemitteilung](#)

EU-geförderte Projekte aus dem Bereich des Sozialministeriums

[Neues Integrationskonzept: Land will Zuwanderung aktiv gestalten](#) (24.09.2019)

10. Medien

EuGH: Google muss nicht für Presseauszüge auf Google News zahlen

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 12. September 2019 in der Rechtssache C-299/17 die deutsche Regelung, die es gewerblichen Betreibern von Suchmaschinen und Diensten verbietet, Presseerzeugnisse oder Teile hiervon öffentlich zugänglich zu machen, für unanwendbar erklärt. Ein einzelner Betroffener könne die Unanwendbarkeit geltend machen. Die Regelung sei eine „technische Vorschrift“ im Sinne der [Richtlinie über Normen und technische Vorschriften](#), die vorab an die Kommission zur Prüfung hätte übermittelt werden müssen. Dies sei nicht erfolgt. Im Ausgangsfall hatte die VG Media gegen Google auf Schadensersatz für auf „Google News“ veröffentlichte Presseauschnitte geklagt.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Zugriff auf Links aus der EU muss nicht weltweit verhindert werden

Der Gerichtshof der Europäischen hat am 24. September 2019 in der Rechtssache C-507/17 entschieden, dass Betreiber einer Suchmaschine zwar nicht verpflichtet sind, Links bei der Suche in allen weltweiten Versionen seiner Suchmaschine bei rechtswidrigem Inhalt zu sperren. Der Betreiber muss jedoch in allen mitgliedstaatlichen Versionen Maßnahmen ergreifen, um die Internetnutzer davon abzuhalten, von einem Mitgliedstaat aus auf die entsprechenden Links in Nicht-EU-Versionen der Suchmaschine zuzugreifen. Dies folgt u.a. daraus, dass es kein weltweites Recht in allen Staaten gibt, wonach eine Löschung erfolgen muss. Schließlich stellt der Gerichtshof fest, dass nach derzeitigem Stand das Unionsrecht zwar keine Auslistung in allen Versionen der Suchmaschine vorschreibt, doch verbietet es dies auch nicht. Daher bleiben die Behörden eines Mitgliedstaats befugt, anhand von nationalen Schutzstandards für die Grundrechte eine Abwägung zwischen dem Recht der betroffenen Person auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten einerseits und dem Recht auf freie Information andererseits vorzunehmen.

[Pressemitteilung](#)

11. Ausschuss der Regionen

AdR diskutiert nachhaltigen Tourismus

Am 13. September 2019 fand die Fachkommission NAT des Ausschusses der Regionen in Brüssel statt. Mecklenburg-Vorpommern wurde durch Herrn Tilo Gundlack, Mitglied des Landtages, vertreten. Das Thema der Sitzung war der Tourismus. Diskutiert wurden neue Trends, Herausforderungen und Lösungen, etwa einen nachhaltigeren Tourismus, bessere Vernetzung und überregionale Zusammenarbeit in Europa. Dieses Thema spielt insbesondere für den Ostseeraum eine immer größere Rolle, damit der heimische Tourismus weiter seine Attraktivität behält. Die nächste auswärtige Fachkommissionssitzung in 2020 soll in Galicien stattfinden.

[Tagesordnung](#)

12. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Nächste Phase in der Überarbeitung der EU-Ostseestrategie eingeleitet

Zwischen den Nationalen Koordinatoren der EU-Ostseestrategie wurden im Laufe des Monats September die nächsten Schritte zur Anpassung des Aktionsplans der Strategie beschlossen. Im Rahmen des bestehenden Zielekanons – Ostsee schützen, Ostsee verbinden und Wohlstand schaffen – soll die Arbeit in den Politikbereichen der Strategie stärker fokussiert und ergebnisorientierter werden. Die Koordinatoren der Politikbereiche sind aufgefordert, ihre Schwerpunkte und Vorhaben in den kommenden Monaten anzupassen und weiterzuentwickeln.

Auf Initiative des Ministeriums für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern fand am 3. September 2019 in Schwerin ein Workshop zu Umsetzungsfragen der Strategie statt. Im Mittelpunkt standen dabei die Flaggschiff-Projekte als die wesentlichen Bausteine der einzelnen Politikbereiche. Insgesamt beteiligen sich Akteure aus dem Land an 23 solchen Projekten. Die [Ergebnisse des Workshops](#) sind auf Europa-MV abrufbar.

Der Nationale Koordinator für die Strategie in Deutschland ist das Auswärtige Amt, während das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern den Politikbereich Tourismus koordiniert. Weitere Koordinatoren in Norddeutschland sind Hamburg für den Politikbereich Bildung und Schleswig-Holstein für den Politikbereich Kultur.

Jahreskonferenz des INTERREG-Programms Südliche Ostsee

Am 24. und 25. September 2019 fand in Ostróda (Polen) die jährliche Konferenz für das [INTERREG-Programm Südliche Ostsee](#) statt. Das Programm fördert im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit mit Mitteln aus dem Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) die grenzübergreifende Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum. Dabei steht die Aktivierung der Potentiale für blaues und grünes Wachstum durch die Kooperation von lokalen und regionalen Akteuren im Fokus. Die Konferenz bot den beteiligten Projektpartnern, wie Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Verwaltungen und Nicht-Regierungsorganisationen aus Polen, Dänemark, Schweden, Litauen und Deutschland eine Plattform zum Erfahrungsaustausch für eine erfolgreiche und nachhaltige Nutzung der Projektergebnisse nach dem Ende der laufenden Förderperiode (2014-2020).

[Projekte der laufenden Förderperiode](#)

Projektaustauschtreffen „Tourismuskoperationen im Ostseeraum 2019“ in Rostock

Der Politikbereich Tourismus der EU-Ostseestrategie lud in Zusammenarbeit mit dem Baltic Sea Tourism Center ([BSTC](#)) am 12. September 2019 zum vierten Austauschtreffen der grenzüberschreitenden Tourismusprojekte nach Rostock ein, bei dem insgesamt 14 Projekte vertreten waren. Ziel dieser jährlich stattfindenden Treffen ist es, den Erfahrungsaustausch unter den lokalen Partnern im Land zu fördern, einen Überblick über die aktuellen Umsetzungsstände und geplanten Aktivitäten in den Projekten zu erlangen und künftige Themen als Flaggschiffe für die EU-Ostseestrategie (EUSBSR) abzuleiten. (Flaggschiffe veranschaulichen den Fortschritt der Strategie und dienen als Pilotbeispiele.)

Darüber hinaus wurde das aktuelle Programm für das [12. Baltic Sea Tourism Forum](#) vorgestellt, das am 13. November 2019 in Brüssel stattfinden wird. Das Ziel in diesem Jahr ist es, den Tourismus der Ostseeregion stärker auf EU-Ebene zu positionieren, bisherige Ergebnisse der makroregionalen Zusammenarbeit zu präsentieren, aber auch zukünftige Handlungsfelder im Tourismus aufzuzeigen.

13. Laufende Konsultationen

Binnenmarkt

[Internet-connected radio equipment and wearable radio equipment](#)

9. August 2019 – 15. November 2019

Handel

[Evaluation of the CARIFORUM Economic Partnership Agreement](#)

17. April 2019 – 31. August 2019

Energie

[Consultation on the list of candidate Projects of Common Interest in oil infrastructure](#)

4. Juli 2019 – 26. September 2019

Wettbewerb

[State subsidy rules for health and social services of general economic interest \(evaluation\)](#)

31. Juli 2019 – 6. November 2019

Verkehr

[River information services on inland waterways](#)

8. August 2019 – 31. Oktober 2019

Verbraucherschutz

[Voice call termination rates in the EU \(Eurorates\)](#)

26. Juli 2019 – 8. November 2019

Beschäftigung und Soziales

[Validation of non-formal and informal learning – evaluation](#)

7 August 2019 - 13 November 2019

[European Disability Strategy 2010-20 – evaluation](#)

31. Juli 2019 – 23. Oktober 2019

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

[Evaluation of marketing standards \[Regulation \(EU\) No 1308/2013\]](#)

22. Juli 2019 – 14. Oktober 2019

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

[State aid guidelines for fisheries – amendment](#)

28. Juni 2019 – 20. September 2019

[State aid guidelines for fisheries – amendment](#)

28. Juni 2019 – 20. September 2019

[State aid \(small amounts\) – fishing and fish farming sector \(2021-27\)](#)

28. Juni 2019 – 20. September 2019

Umwelt

[End-of-life vehicles - evaluating the EU rules](#)

6. August 2019 – 29. Oktober 2019

[Industrial emissions - evaluating the EU rules](#)

27. Mai 2019 – 4. September 2019

Steuern

[EU tax policy – evaluation of communication channels](#)

21. Juni 2019 – 13. September 2019

14. Termine

02.10.2019	Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der KPKR Ostsee-Kommission in Brüssel
07.-09.10.2019	136. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (Schwerpunkt: Klima und MFR)
07.-10.10.2019	Europäische Woche der Regionen und Städte
09.10.2019	Rundtischgespräch zu "EU Carbon Farming" bei der Kommission (mit Teilnahme aus M-V)
16.10.2019	Podiumsdiskussion zu Jugendbewegungen und ihren Einfluss auf die Zukunft der Ostseekooperation , Berlin (Ausrichter: Ostseerat und das Forum Nordeuropäische Politik)
17./18.10.2019	Europäischer Rat (Schwerpunkte MFR, Brexit)
28./29.10.2019	Interreg Baltic Sea Region at XVIII All-Russia Forum "Strategic Planning in the Regions and Cities of Russia"
06.11.2019	"Baltic Digital Start-Up Day" im Rahmen des Digitalisierungskongresses Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Inneres und Europa ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird. Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen. Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrunde liegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung.

Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.